

## **Entschließungsantrag**

der SPD-Fraktion,  
der CDU-Fraktion und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ZU:

**Information der Landesregierung zu den aktuellen Ergebnissen der Beratungen der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder mit der Bundeskanzlerin zur weiteren Bekämpfung der Corona-Pandemie**

**Impfen, Testen, Nachverfolgen - entscheidende Phase der Pandemie verantwortungsvoll steuern**

Der Landtag stellt fest:

Die erneut deutlich steigenden Infektionszahlen, insbesondere im Zusammenhang mit den verschiedenen SARS-CoV-2 Mutationen, gefährden Menschenleben, belasten das Gesundheitssystem und erfordern konsequente Maßnahmen zur Eindämmung. Kontaktreduzierungen sind daher auch in den nächsten Wochen unverzichtbar und müssen teilweise wieder verschärft werden.

Mit der zunehmenden Verfügbarkeit von verschiedenen Impfstoffen, einfachen Testmöglichkeiten und digitalen Kontaktverfolgungsanwendungen eröffnen sich zunehmend die Chancen, die Pandemielage besser zu kontrollieren.

Bei entsprechenden Lieferungen kann die Impfgeschwindigkeit in den Impfzentren, Krankenhäusern und Hausarztpraxen in den kommenden Wochen deutlich beschleunigt werden.

Neben dem Impfen und Testen, ist die konkrete und sichere Nachverfolgung nicht nur für die Eindämmung des Infektionsgeschehens von Bedeutung, sondern auch eine zentrale Voraussetzung für die bereits in der vorigen MPK beschlossenen Öffnungsszenarien. Für die sukzessive Rückkehr in die Normalität und das wirtschaftliche und kulturelle Leben bietet insbesondere die digitale Kontaktnachverfolgung eine vielversprechende Möglichkeit. Da inzwischen in fast allen Brandenburger Gesundheitsämtern die SORMAS-Software implementiert ist, sind datenschutzkonforme softwarebasierte Lösungen ein deutlicher Qualitätssprung zu den improvisierten Varianten des vergangenen Jahres. Dennoch bleibt die Reduzierung der Kontakte der zentrale Baustein zur Eindämmung des Infektionsgeschehens.

Zur Umsetzung der Beschlüsse der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 22.03.2021 wird die Landesregierung daher aufgefordert:

1. die entsprechenden landesspezifischen Maßnahmen anzupassen, beziehungsweise die bestehenden Regeln fortzuschreiben und bis zum 18. April 2021 zu verlängern.
2. gegenüber dem Bund weiterhin auf regelmäßige und verlässliche Lieferungen von Impfstoff für Brandenburg zu drängen.
3. das Impfmanagement unter Einbindung der Impfzentren, der mobilen Teams, der Krankenhäuser sowie der Hausarztpraxen und der Betriebsärzte weiter voranzutreiben.
4. nach Möglichkeiten zu suchen, wie auch den Lehrerinnen und Lehrern an weiterführenden Schulen zeitnah ein Impfangebot gemacht werden kann.
5. Teststrategien in Schulen und Kitas so zu optimieren, dass die Lehrerinnen und Lehrer, unter Einbeziehung der weiterführenden Schulen, Erzieherinnen und Erzieher sowie Schülerinnen und Schüler mindestens 2 Tests in der Woche bereitgestellt bekommen und somit Infektionsketten frühzeitig erkannt und unterbrochen werden.
6. regelmäßige Tests für Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen, in Unternehmen auf verpflichtende Tests hinzuwirken und bei der Umsetzung entsprechende Unterstützung anzubieten.
7. flächendeckende digitale Kontaktnachverfolgungen gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten im Hinblick auf künftige Öffnungsschritte vorzubereiten.
8. im Rahmen von zeitlich befristeten, wissenschaftlich begleiteten Modellversuchen in ausgewählten Regionen, beispielsweise für Kultur- und Sportveranstaltungen oder für Tourismus und Einzelhandel, Besucher zu ermöglichen. Voraussetzungen müssen entsprechende Test- und Hygienekonzepte, lückenlose Kontaktnachverfolgung und klare Abbruchkriterien sein.